

Das Wochenmagazin der SPÖ

SPÖ

Aktuelle

Easthammer von Pvd-Club
Karl Blecha

22. Mai 2009 - Nr. 21 - 0,75 Euro

Evelyn Regner

„Neue Jobs für Europa“

Was kann die EU für den Arbeitsmarkt in Österreich tun? Sehr viel! Etwa mit den von der EU finanziell unterstützten Projekten zur Ankurbelung der Konjunktur, mit denen Arbeitsplätze geschaffen werden. Es geht auch ganz konkret um Arbeitsmarkt-Maßnahmen, wie den Sozialfonds der EU, oder den Globalisierungsfonds, dessen Ziel es ist, den Verlust von Arbeitsplätzen aufgrund von Globalisierungsmaßnahmen abzufedern. Bei den Fördertöpfen selbst will die SPÖ sich für eine Umschichtung stark machen. Denn in der EU werden 42 Prozent des Haushaltes für die Förderung der Landwirtschaft ausgegeben. Mit einer solchen Umschichtung könnte dafür gesorgt werden, dass z.B. das Arbeitslosengeld europaweit erhöht wird.

Auch die schamlose Manipulation vonseiten der ÖVP durch die frappante Ähnlichkeit ihrer Kampagne mit offiziellen Informationen des Innenministeriums zur EU-Wahl ist Thema dieser Ausgabe sowie der Jugendwahlkampf der SPÖ.

Die studentische Jugend der Sozialdemokratie ist derzeit auch in einem weiteren Wahlkampf engagiert, dem für die ÖH-Wahlen.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Arbeitsmarkt	4
Jugendwahlkampf	5
ÖVP-Manipulation	6
60 Jahre Freiheitskämpfer.....	10
ÖH-Wahlen.....	12
Gastkommentar von PVÖ-Chef Karl Blecha	14

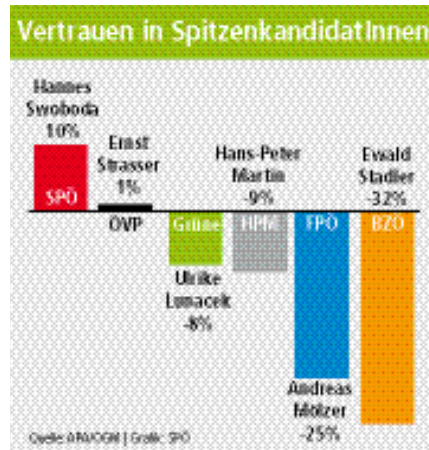
Brenner-Basistunnel auf Schiene



Österreich, Italien und Deutschland haben in Rom eine gemeinsame Absichtserklärung zum Ausbau der Brennerbahnlinie unterzeichnet. "Das ist ein

großer Schritt zur Realisierung des europäischen Projekts Brenner-Basistunnel (BBT). Es ist ein Ja zum umweltfreundlichen, nachhaltigen und verträglichen Güterverkehr durch die Alpen", betont Verkehrsministerin Doris Bures. Mit Verwirklichung des mit insgesamt 62 Kilometer längsten Eisenbahntunnels der Welt wird die Fahrzeit von Innsbruck nach Bozen von derzeit 2 Stunden auf 50 Minuten reduziert. Der BBT ist das Herzstück der Transeuropäischen Netze und verbindet die wichtigen Wirtschaftszentren Nord- und Südeuropas.

THEMEN DER WOCHE



Swoboda hat das größte Vertrauen der ÖsterreicherInnen

Der APA/OGM-Vertrauensindex hat ergeben, dass der SPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahl, Hannes Swoboda, das größte Vertrauen unter der Bevölkerung genießt. Für dieses Ranking wurden 500 ÖsterreicherInnen ab dem Alter von 16 Jahren befragt. Hannes Swoboda erreicht dabei mit 9 Prozent Vorsprung vor dem Spitzenkandidaten der ÖVP den ersten Platz. Alle anderen SpitzenkandidInnen liegen sogar im Minus.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
AHS-Aufnahmetests – Brauchen wir noch mehr Selektion?

Während die SPÖ für den Abbau von Zugangsbeschränkungen an Schulen und Unis arbeitet, versuchen die ÖVP und die konservative LehrerInnengewerkschaft diese Vorstöße zu blockieren. Die Forderung nach AHS-Aufnahmetests für 10-jährige Kinder ist ein neuer, unruhlicher Höhepunkt in der Bildungsdebatte.

Diskutieren sie auf:
www.mitreden.spoe.at mit, ob diese Idee zu mehr Qualität oder mehr sozialer Selektion führt.



Johann Maier

Rasche Entschädigung der NS-Oper

Im Rahmen des Koalitionsprogramms setzte sich die Regierung das Ziel, die Schlusszahlungen für NS-Opfer aus dem Nationalfonds rasch und unbürokratisch zu finalisieren. Im Rahmen der Budgetbegleitgesetze passiert dies nun, wie der SPÖ-Abgeordnete Johann Maier hervorhob. Mit Stichtag 1. Juli werden alle erstmalig entschiedenen sowie alle endgültig entschiedenen Anträge erhoben. Diese Errechnung basiert auf den im Washingtoner Abkommen festgelegten 210 Millionen Dollar. Für die nach dem 1. Juli offenen Fälle stellt der Bund 2009 516.000 Euro und 2010 2,9 Mio. Euro bereit.

Zitat der Woche

„Hingegen kenne ich nicht viele, die über längere Zeit unsensibel bleiben bei Erzählungen von Überlebenden der Lager oder gegenüber einer echten Pädagogik zu diesem Thema. Das ist eine langfristige Arbeit, die man früh beginnen muss (...) das ist sicher wirksamer als Gefängnis.“

Daniel Simon, Präsident des französischen Mauthausen Komitees zu den Störaktionen in Ebensee.

Kranzniederlegung zum 50. Todestag von Johann Böhm

Am Mittwoch, dem 13. Mai, wurde am Zentralfriedhof dem verdienten Sozialdemokraten Johannes Böhm gedacht. Anlässlich des 50. Todestages des 1. Präsidenten des ÖGB, wurden Kränze vom ÖGB-Vorstand und der Bundspartei der SPÖ niedergelegt. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: "Böhm war ein großer Sozialdemokrat, der sehr viel für die Republik geleistet hat". Er war einer der Hauptinitiatoren der Sozialpartnerschaft und von 1945 bis zu seinem Tod 2. Nationalratspräsident, sowie Mitglied des SPÖ-Vorstandes.



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter bei der Kranzniederlegung.



Bildungspolitische Steinzeit? Nicht mit uns!

Kennen die Jungen Österreichs Geschichte? Sind sie politisch? Sind sie kritisch oder unkritisch? All das entscheidet sich im Klassenzimmer. Politische Bildung darf nicht nur als Unterrichtsfach gesehen werden. Es geht um kritisches Denken als Bildungsprinzip.

Wenn wir eine solidarische Gesellschaft wollen, brauchen wir eine solidarische Schule. Wir SozialdemokratInnen wollen Menschen, die in der Schule lernen, Sachen kritisch zu hinterfragen, die lernen, dass man eine Gesellschaft nur weiterbringt, wenn man zusammenhält, die die Fähigkeit zur Teamarbeit und Konflikte ohne Gewalt zu lösen erlernen. Zuversicht wollen wir den Jungen geben – dazu gehört auch, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben – unabhängig von der Geschwindigkeit, der Entwicklung oder vom Geldbörsel der Eltern.

Aber leider sehen das nicht alle so. Jüngster ‚visionärer‘ Einfall des bekannt originellen konservativen ‚Vordenkers‘ Werner Amon: Dreistufige Aufnahmetests für Volksschüler, wenn diese in eine AHS wechseln wollen. Es ist also offensichtlich, dass die ÖVP – im Gleichschritt mit der Lehrgewerkschaft – nach ihrer monatelangen Blockadepolitik des Frühjahrs nun erneut einen weiteren Schritt setzen will, um Österreich in die bildungspolitische Steinzeit zurück zu führen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Konservativen die AHS im Allgemeinen und das Gymnasium im Speziellen als Erbpacht ansehen. Es geht ihnen dabei um verstaubte Elitenbildung und um die Absicherung eines vermeintlichen Bildungsbürgertums. Proleten haben ihrer Auffassung nach in weiterbildenden Schulen nur sehr wenig verloren.

Es ist klar, dass die SPÖ dieses Spiel nicht mitspielt. Wir nehmen es sicher nicht hin, dass die ÖVP erneut Hürden für unsere Kinder aufbauen und ihnen damit die Chancen für die Zukunft rauben will. Im Gegenteil. Wir unterstützen weiterhin unsere Bildungsministerin in ihrem Bemühen, eine umfassende Bildungsreform umzusetzen, in der die Interessen der SchülerInnen



Begsteiger

Das Potenzial muss ausgeschöpft, nicht zurückgehalten werden. Heute mehr denn je müssen wir den Kindern sagen „Ihr könnt alles“ und ihnen Leistungsdruck abnehmen statt neuen zu erzeugen.

nen im Mittelpunkt des Schulsystems stehen. Jedes Kind hat seine Stärken und Schwächen. Aufgabe moderner zukunftsorientierter Bildungspolitik muss es sein, die Stärken zu stärken. Mittlerweile werden wir dabei sogar auch von Teilen der ÖVP, sowie von der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer unterstützt.

Eine Wiedereinführung von Aufnahmetests à la Amon würde unsere Bemühungen, allen Kindern – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – die beste Ausbildung zu ermöglichen, konterkarieren. Eine Schule der Zukunft muss eine Schule der Chancen sein. Vorwärts, lautet daher die Devise. Statt eine sozial ungerechte Vorselektion zu pro-

pagieren, gilt es nun weiterhin, die Zugangshürden niederzureißen und die neue Mittelschule engagiert weiterzuentwickeln. Das Potenzial muss ausgeschöpft, nicht zurückgehalten werden. Heute mehr denn je müssen wir Kindern jede Perspektive geben. Wir müssen ihnen sagen „Ihr könnt alles“ und ihnen Leistungsdruck abnehmen, statt neuen zu erzeugen. Denn im Klassenzimmer entscheidet sich, was für eine Welt wir haben – und ich möchte eine, in der wir kritische, solidarische Menschen haben, deren Ego gestärkt ist und die wissen, dass sie alles können. Wir laden alle fortschrittlichen Kräfte, die für die beste, faire und sozial gerechte Bildung eintreten, ein, uns auf diesem Weg in ein Bildungssystem der Zukunft zu begleiten. ♦

EU-Budget soll Arbeitsplätze schaffen

Dass die Bundesregierung alle Register zieht, um der Krise entgegenzusteuern, ist der SPÖ zu verdanken. Was die EU für Beschäftigung und soziale Sicherheit tun muss, erklären Evelyn Regner und Rudolf Hundstorfer.



Die SPÖ-Kandidatin für die Wahl zum europäischen Parlament und Listenzweite, Evelyn Regner, will sich im Europäischen Parlament vor allem für Arbeitsmarktpolitik und eine sozialere EU einsetzen.

„Vorrangig ist, dass europaweit neue Jobs geschaffen werden, um so die Wirtschaftskrise zu stoppen.“

Eine Forderung der SPÖ-Kandidatin Evelyn Regner

Die österreichische Bundesregierung hat in Zeiten der Wirtschaftskrise wichtige konjunkturpolitische Maßnahmen gesetzt, die sich bereits positiv auswirken. Österreichs Maßnahmen sind aber weit effektiver, wenn sie entsprechenden Rückenwind aus Europa erhalten. Hier ist, laut SPÖ-EU-Spitzenkandidatin Evelyn Regner die EU gefordert, sie muss europaweite Taten setzen. Auch für Sozialminister Rudolf Hundstorfer ist es „unabdingbar, dass seitens der EU Konjunkturpakete geschnürt werden, die neue Jobs schaffen“. Da in der EU 42 Prozent des

Haushaltes für die Förderung der Landwirtschaft ausgegeben werden, ist zu allererst eine Umschichtung im EU-Budget vonnöten. Nur auf diesem Wege, mit einer anderen Prioritätensetzung, kann erreicht werden, dass z.B. das Arbeitslosengeld europaweit erhöht wird. Den jeweiligen nationalen Anstrengungen zur Belebung der Konjunktur sollte mit Unterstützung der EU unter die Arme gegriffen werden. Die SPÖ schlägt deshalb vor, auf Maßnahmen, die sofort Beschäftigung schaffen und erhalten würden – wie im Bereich der thermischen Sanierung – zu setzen. In Österreich wird diese bereits vorbildhaft gefördert, was auch unmittelbare Wirksamkeit entfaltet. Denn die Nachfrage im eigenen Land ist der beste Beschleuniger für die angeschlagene Konjunktur. Dass das nur mit mehr Beschäftigten, also mehr neuen Arbeitsplätzen erreicht werden kann, ist logisch, meint Evelyn Regner: „Vorrangig ist,

Jantzen dass europaweit neue Jobs geschaffen werden, um so die Wirtschaftskrise zu stoppen.“

Budget für EU-Sozialfonds aufstocken

Parallel dazu sind aber auch Maßnahmen gefragt, die bereits entstandene soziale Not lindern können. In Zeiten einer globalen Wirtschaftskrise ist aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik unabdingbar. Regner und Hundstorfer fordern deshalb eine Aufwertung des europäischen Sozialfonds ESF. Dieser muss finanziell gestärkt und flexibler gestaltet werden, um stärker zur Bekämpfung von Problemen am Arbeitsmarkt eingesetzt werden zu können. „Ein Instrument, um den Verlust von Arbeitsplätzen aufgrund der Globalisierung abzufedern ist auch der neu verhandelte Globalisierungsfonds“, kann Sozialminister Hundstorfer auf einen Erfolg im EU-Ministerrat

„Wir wollen den jungen Menschen den Weg in die Arbeit und nicht den Weg zum Sozialamt zeigen.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer fordert die EU auf, nicht auf die Jugendlichen zu vergessen

verweisen. Um einen Sozialplan über diesen Fonds mitzufinanzieren, galt bisher als Schwellenwert der Verlust von 1.000 Arbeitsplätzen in einer Firma, dieser konnte auf 500 gesenkt werden.

Um den sozialen Frieden in Europa auch in Zukunft zu sichern, fordert Sozialminister Hundstorfer außerdem eine Offensive am Jugendarbeitsmarkt inklusive einer Ausbildungsgarantie: „Wir wollen den jungen Menschen den Weg in die Arbeit und nicht den Weg zum Sozialamt zeigen.“ ♦



Die Junge Generation trat an, um im Vorwahlkampf die Anliegen und Wünsche der Menschen für ein soziales Europa zu formulieren, den zukünftigen Abgeordneten mitzugeben und junge Menschen, FunktionärInnen und SympathisantInnen zu motivieren, wählen zu gehen.

JUGENDWAHLKAMPF

Durch's Reden kommen die Leut' zamm

Die Junge Generation nutzt den EU-Vorwahlkampf, um die Menschen zusammenzuholen und die EU zum Thema zu machen – mit großem Erfolg.

Der Termin der EU-Wahl rückt immer näher. Während die ÖVP letzte Woche bekannt gab, mit der Mobilisierung der WählerInnen zu beginnen, ist die Junge Generation in der SPÖ gemeinsam mit dem BSA bereits seit zwei Monaten unterwegs, um im Rahmen des Vorwahlkampfes das Thema EU auf den Tisch zu bringen. Im Rahmen der Europatalks holte die Junge Generation unter dem Motto „Es ist dein Europa – Gestalte mit!“ die FunktionärInnen der SPÖ und all ihrer befreundeten Organisationen zusammen, um mit den EU-KandidatInnen über jene Themen zu diskutieren, die

innerhalb der Partei unter den Nägeln brennen. Aus all den Diskussionsbeiträgen wurde ein Forderungskatalog erstellt, der den KandidatInnen mit ins EU-Parlament gegeben wird. Bundesvorsitzende der Jungen Generation, Tina Tauß, zeigte sich stolz über die erfolgreiche Veranstaltungsreihe: „Die Diskussionen waren sehr angeregt und vielfältig, es wurden die unterschiedlichsten Themen breit innerhalb der Partei diskutiert.“ Tauß betonte auch, dass die gut besuchten Veranstaltungen zeigen, wie groß das Interesse an Europa ist. „Mit den Europatalks hatten die Menschen die Möglichkeit mitzudiskutie-

ren und ihr Europa der Zukunft zu gestalten: Ein soziales Europa“, freut sich die JG-Chefin.

In der Vielfalt der Themen kamen einige Schwerpunkte klar hervor. Der Schutz der Arbeitsplätze und die Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte waren ebenso Thema, wie die Sicherung sozialer Standards und der Daseinsvorsorge auf hohem Niveau. Überdies war das Thema Bildung (Bildungsstandards und Bildungsmobilität) ein zentrales Element der Diskussionen. Klar ist: Die EU ist für die FunktionärInnen der SPÖ nicht mehr wegzudenken, sie bekennen sich klar zum Friedensprojekt Europa. „Doch wir wollen nicht diese neoliberale, konservative EU, wir wollen eine EU, die die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt“, gibt Tauß den Tenor wieder.

WEBTIPP

Wahlkampf-Homepage der JG und FSG online



diese im Wahlkampf transportieren, präsentieren JG und FSG in Form von Bildern und Videos. Dazu gibt es alle Informationen über die Wahl für Erstwähler, sowie Termine und ein Gewinnspiel auf der Website.

Auch die Junge Generation und die FSG-Jugend gingen für die Intensivwahlkampf mit einer neuen Homepage – www.move-europe.at – online. Auf dem Webportal stellen die beiden Jugendorganisationen ihre KandidatInnen und ihre Forderungen für eine EU der Zukunft vor. Sie fordern, dass sich die EU bewegt und sich in ihren Programmen und Projekten besonders um die Anliegen der jungen Menschen kümmert. Ihre Überzeugungen und wie sie

Großer Abschluss in Niederösterreich

In Niederösterreich fanden bereits der Abschluss der Europatalks und die Überleitung in den Intensivwahlkampf statt. Rund 100 FunktionärInnen und SympathisantInnen der SPÖ waren gekommen, um am großen Europatalk mit den Niederösterreichischen KandidatInnen, an der Spitze Karin Kadenbach, teilzunehmen. Großes Lob für die Initiative der Jungen Generation gab es von LHStv. Sepp Leitner, der sich ein gutes Wahlergebnis für die SPÖ in Niederösterreich erwartet.

Ein Zufall?



Grobe Verflechtungen zwischen ÖVP-EU-Spitzenkandidaten Strasser, ÖVP-Wahlkampfleitung und Innenministerium hat SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter aufgedeckt. In einer Anfrage an Innenministerin Fekter fordert Kräuter Aufklärung.

Die amtliche Information des BMI zur Europawahl 2009 an alle Haushalte gleicht den ÖVP-Inseraten und ÖVP-Plakaten zur EU-Wahl wie ein Ei dem anderen. Beim Download des Folders zur Wahlkarten-Anforderung von der Homepage des BMI (www.bmi.gv.at) erscheint in der Kopfzeile der Begriff „Wahl-

„Es gibt untragbare Verflechtungen zwischen ÖVP-EU-Spitzenkandidaten Ernst Strasser, der ÖVP-Wahlkampfleitung und dem Innenministerium.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

kampagne.pdf“. Die Werbeagentur „Headquarter“ bewirbt sowohl ÖVP-Spitzenkandidat Ernst Strasser als auch das Bundesministerium für Inneres. Das BMI ist verfassungsrechtlich mit der obersten Leitung, Kontrolle und behördlichen Verantwortung für eine objektive, faire und demokratiepolitisch einwandfreie Durchführung von bundesweiten Wahlen betraut.

„Für die Österreicherinnen und Österreicher ist dies schon jetzt ein kleiner Vorgeschmack auf die Arbeitsweise dieses beinharten Lobbyisten in eigener Sache.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

Die Fragen an Fekter im Detail:

1. Ist es aus Ihrer Sicht noch bestreitbar, dass es zu einer Abstimmung der Sujets des BMI und der ÖVP gekommen ist?
2. Welche Leistungen (von der Grafik bis zur Drucklegung) wurden vom BMI in Hinblick der amtlichen Information zur Euro-

pawahl 2009 bestellt?

3. Wurden diese Leistungen ausgeschrieben? Wenn nein, warum nicht?
4. Welche Firma hat welche Aufträge in Zusammenhang mit der amtlichen Information zur Europawahl 2009 vom BMI bekommen?
5. Welche Kosten sind aus diesen Aufträgen für das BMI im Detail aufgeschlüsselt entstanden und wann werden diese beglichen?
6. Welche Aufträge hat die Firma „Headquarter“ vom BMI in den letzten fünf Jahren erhalten? Welche Kosten sind daraus entstanden?
7. Können Sie ausschließen, dass die österreichische Steuerzahlerin und der österreichische Steuerzahler über das Bundesministerium für Inneres die Gestaltung der Strasser-ÖVP-Werbung für die EU-Wahl mitfinanziert?
8. Welche Konsequenzen ziehen Sie nach den Vorfällen, die demokratiepolitisch einen absoluten Tiefpunkt erreicht haben?
9. Mit welcher Berechtigung schickt Österreich in Zukunft Wahlbeobachter in unterentwickelte Demokratien?

„Demokratiepolitischer Skandal“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter wirft der ÖVP „üble Manipulationsversuche“ vor und spricht von einem „demokratiepolitischen Skandal ersten Ranges“. Für Kräuter handelt es sich hier um „eine Kostprobe des Strasser’schen Lobbyismus“. Der ehemalige Innenminister missbraucht seine Drähte ins Innenministerium für demokratiepolitisch skandalöse Manipulationen. Kräuter fordert Ernst Strasser, die ÖVP-Wahlkampfleitung und das Innenministerium dringend auf, jetzt nicht auf Tauchstation zu gehen, sondern zu diesen Vorwürfen Stellung zu nehmen und die An-



**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

gelegenheit lückenlos aufzuklären. „Für die Österreicherinnen und Österreicher ist dies schon jetzt ein kleiner Vorgeschmack auf die Arbeitsweise dieses beinharten Lobbyisten in eigener Sache“, so der SPÖ-Bundesgeschäftsführer. ♦



So sieht ehrliche Wahlwerbung aus.

SCHMÄH UND WAHRHEIT I

Hüter der Sozialpartnerschaft?

Die Zerschlagung der Sozialpartnerschaft wurde unter Schwarz-Blau immer wieder versucht. Regierungsmitglied war damals Ernst Strasser.

Der Schmä, Stütze der Sozialpartnerschaft zu sein

Es ist sehr kühn, was da der ÖVP-Spitzenkandidat für die EU-Wahl, Ernst Strasser, für sich und seine Partei behauptet: „Wir stehen für sozialen Ausgleich und die Sozialpartnerschaft.“

(Der Standard, 16. 5. 2009)

Der erste Streich war die geplante Senkung der Kammerumlage, die von der ÖVP-FPÖ-Regierung im April 2000 vereinbart wurde. Es war eine der vielen langjährigen fixen Ideen des Koalitionspartners der ÖVP, sich von der Kammer-Pflichtmitgliedschaft zu verabschieden. Und Jörg Haider fand in ÖVP-Wirtschaftsminister Martin Bartenstein noch jahrelang einen eifrigen Mitstreiter.

Im Juli 2001 hatte der Nationalrat die von der schwarz-blauen Regierung betriebene Reform des Hauptverbandes beschlossen. Das war der zweite Streich. Schwarz-Blau

sicherte sich durch die Aufwertung der Arbeitgeber-Kurie im neuen Verwaltung(=Aufsichts)rat eine 9:5 Mehrheit. Dieses Gesetz wurde 2003 vom Verfassungsgerichtshof gekippt.

Und schließlich die Pensionsreform von Schwarz-Blau, die die ArbeitnehmerInnen massiv benachteiligt hat. Die Regierung verweigerte konstruktive Gespräche mit der Gewerkschaft – diese sah sich 2003 gezwungen, für die Rechte der ArbeitnehmerInnen auf die Straße zu gehen. „All diese Versuche, die Sozialpartnerschaft Österreichs zu zerschlagen, wurden von Ernst



Lehmann

Die Listenzweite für die EU-Wahl, Evelyn Regner, hat das ÖGB-Büro in Brüssel geleitet und steht – im Gegensatz zu Strasser – tatsächlich für die Sozialpartnerschaft.

Strasser, der zwischen 2000 und 2004 Regierungsmitglied war, mitgetragen“, betont die Listenzweite der SPÖ für die EU-Wahl, Evelyn Regner. ♦

SCHMÄH UND WAHRHEIT II

Viel Rauch ohne Feuer

HPM wird nicht müde zu behaupten, er könne in der EU etwas bewegen. Tatsächlich ist sein Ego größer als die Möglichkeiten, die er als Fraktionsfreier hat.



Spöla

Der Weltveränderer-Schmä

An Selbstvertrauen mangelt es Hans-Peter Martin nicht – allerdings ist er ziemlich realitätsfern: „Ich habe ... Licht in diese Schattenwelt gebracht.“

(ÖÖN, 13. 5. 2009)

Hannes Swoboda ist stv. Vorsitzender der SozialdemokratInnen im EP – mit einer Fraktionsstärke von derzeit 216 Abgeordneten kann man einiges verändern.

Hans-Peter Martin behauptet gerne, er würde sich mit anderen, wie er selbst sagt „Lästigen“, zusammenschließen und hätte so bereits einiges im Europäischen Parlament bewegen können. Tatsache ist, dass es kaum möglich ist, als

EinzelkämpferIn ohne Fraktion im Rücken bei den 785 (ab 2009 736) Abgeordneten die nötigen Mehrheiten zustande zu bringen. Karin Resetarits, die von Martins Liste schließlich in die Liberale Fraktion wechselte, sagt dazu: „Versprengte Einzelkämpfer sind verschwendetes Steuergeld.“ Abgesehen davon meint Resetarits: „Martin ist ein sehr egozentrischer Mensch, der nur sich im Kopf hat. KandidatInnen, die jetzt wieder länger mit ihm arbeiten wollen, werden es nicht schaffen.“ Zu den vorgeblich von Martin durch sein Anprangern veränderten Missständen (Luxuspensionen, Taggeld-Missbrauch) stellt seine ehemalige Mitstreiterin fest: „Diese Dinge wären auch ohne ihn reformiert worden.“ Mit

Martin, so SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda, könne niemand konstruktiv arbeiten oder gar sachorientierte Bündnisse schließen. Das haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt.

Übrigens: das Bild, das Martin benutzte, ist in der Bibel zu finden – gemeint ist die Schattenwelt des Todes und das Licht ist die Hoffnung auf Zukunft. Stefan Winkler von der „Kleinen Zeitung“ meint zu Martins Bildsprache: „Ein gewagter Vergleich. Aber Martin ist nicht der Einzige, der von einem unzerstörbaren messianischen Glauben an sich selbst beseelt ist. In Jerusalem werden jedes Jahr gut 100 Pilger aufgegabelt, die sich für Jesus, Mose oder Stammvater Abraham halten.“ ♦

FPÖ

„Strache ist eine Schande“

Scharfe Kritik übt Bundeskanzler Werner Faymann an der FPÖ-Kampagne zur EU-Wahl. Die FPÖ verletze religiöse Gefühle und bediene antisemitische Vorurteile.



„Als Politiker darf man die Menschen nicht gegeneinander ausspielen, Politiker haben die Aufgabe, auszugleichen“, richtet Bundeskanzler Werner Faymann deutliche Worte an FPÖ-Chef Strache.

Besonders empört sich der Kanzler über ein Inserat der Freiheitlichen in der „Kronen Zeitung“. Der Titel lautet: „FPÖ-Veto gegen EU-Beitritt von Türkei und Israel.“ Es ist völlig unsinnig, hier Israel zu nennen, da das Land überhaupt kein Beitrittskandidat ist: „Der einzige Grund, Israel hier zu nennen, ist es, antisemitische Vorurteile zu bedienen“, hielt der Bundeskanzler fest. FPÖ-Chef Strache versucht, mit „Hass und Hassparolen“ Wählerstimmen zu machen. „Strache ist ein Hassprediger“, so die deutlichen Worte des Kanzlers. Als Politiker darf man die Menschen nicht gegeneinander ausspielen, Politiker haben eigentlich die Aufgabe, auszugleichen und zu vermitteln. „Politiker müssen Vorbilder sein. Strache ist kein Vorbild,

Strache ist eine Schande“, so der Kanzler. Es muss eine klare Linie basierend auf dem Grundkonsens und auf Werten wie Toleranz und Miteinander geben, nämlich „eine Absage an Hasstiraden jeder Art“. Dass Antisemitismus und die Herabwürdigung von Religionen irgendwann als Selbstverständlichkeit gesehen werden, „darf es in diesem Land nie geben“, bekräftigte Faymann.

Faymann will jetzt umso mehr eine Aufklärungskampagne an den Schulen forcieren. „Wir brauchen ein Maximum an Aufklärung. Es muss in diesem Land einen Aufschrei geben, wenn man Gefühle von Menschen in diesem Ausmaß verletzt. Das darf nicht als Kavaliersdelikt angesehen werden, das ist kein Kavaliersdelikt“, betont der Kanzler. ♦

SPÖ-ORGANISATIONEN

Vollster Einsatz für die EU-Wahl

Sozialdemokratische Organisationen rüsten für das Finale.



Geschlossen für eine Kursänderung in der EU. Evelyn Regner und Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter mit den Mitarbeitern des Renner-Institut.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter konnte gemeinsam mit der FSG-Spitzenkandidatin für die EU-Wahl, Evelyn Regner, die verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPÖ-Organisationen im Renner-Institut begrüßen.

Nach einem für alle TeilnehmerInnen sehr interessanten politischen Austausch und Wahlkampfabstimmungen für die letzten beiden Wochen vor der EU-Wahl blieb

„Ich bin überzeugt davon, dass die enge Einbindung der sogenannten Neben- und Vorfeldorganisationen für die SPÖ sehr wichtig ist.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

auch Zeit für ein Gruppenfoto bei bester Laune. Für die Sommerakademie Ende Au-

gust wurden die Schwerpunktthemen „Jugend und SPÖ“ sowie die „Zuwandererproblematik“ als wichtigste programmathe Themen ausgewählt. Kräuter: „Die sogenannten Neben- und Vorfeldorganisationen der SPÖ erreichen einen sehr großen Teil der Bevölkerung und sind daher mit Lebensumständen und Problemfeldern sehr intensiv vertraut. Die SPÖ ist gut beraten, die Organisationen aufs engste einzubinden.“ ♦

AK-WAHLEN

Tumpel: „In Zukunft noch kantiger werden“

Die AK-Wahlen in Wien und Niederösterreich brachten einen klaren Arbeitsauftrag für die FSG. Trotz schmerzlicher Verluste blieb sie deutlich Nummer Eins.



APA/Neubauer

Die Mobilisierung war nicht optimal, trotzdem kann die FSG in Wien und NÖ die absolute Mehrheit klar halten. (Im Bild: AK-Wien-Präsident Herbert Tumpel)

Wir haben 42 Prozent Abstand zur nächst stärksten Fraktion. Das ist ein klarer Auftrag“, betonte AK-Präsident Herbert Tumpel nach der geschlagenen Wahl zum Wiener Ergebnis. Allerdings musste die FSG in Wien Verluste hinnehmen. „Wir werden in Zukunft in den Aussagen noch kantiger werden müssen. Das ist offensichtlich der Wunsch der

Mitglieder“, betonte Tumpel. „Noch näher“ zu den Mitgliedern lautet nach der AK-Wahl in Niederösterreich das Motto. Der designierte AKNÖ-Präsident Hermann Hane-der kündigte in diesem Zusammenhang an, insbesondere die Bezirksstellen stärken zu wollen. Das vorläufige Ergebnis von beachtlichen 60,71 für die FSG bezeichnete der Spitzenkandidat als „Vertrauensvor-

schuss“. Er sei „weder euphorisch noch enttäuscht“, sondern „sehe das Ergebnis als Arbeitsauftrag“.

Geringe Wahlbeteiligung

Bundesweit bedeutet das Ergebnis von beachtlichen 56 Prozent Zustimmung für die SozialdemokratInnen das klare Halten der absoluten Mehrheit. Trotzdem musste ein Minus verzeichnet werden, was, wie SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann betonte, traurig sei, aber: „Die 56 Prozent, die dort die SozialdemokratInnen haben, die wären für mich schon ein großes Vorbild bei der Nationalratswahl.“

Laut SORA-Institut habe das Abschneiden der FSG unter anderen folgende Gründe: Zum einen musste sich die FSG am guten Ergebnis von 2004 messen lassen. Damals, unter einer schwarz-blauen Regierung, sind die Anhänger leichter zu mobilisieren gewesen. Außerdem sind heuer mehr Gruppen angetreten als beim letzten Mal, die Konkurrenz war stärker. Und: Die Wahlbeteiligung war deutlich geringer: Nur 43,3 Prozent der ArbeitnehmerInnen machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch – 2004 waren es 48,8 Prozent. ♦

JUSTIZ-GESCHWORENE

„Nicht abschaffen – reformieren!“

Die SPÖ hat den Plänen der Justizministerin bei der Geschworenengerichtsbarkeit eine Absage erteilt.



SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim

Schedl

Justizministerin Claudia Bandion-Ortner will, dass künftig nicht mehr die Geschworenen allein über Schuld oder Unschuld der Angeklagten entscheiden, sondern auch RichterInnen an der Beratung teilnehmen. SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim dazu: „Ich lade ein, in positiver und konstruktiver Weise zu verändern und nicht im Sinne einer Einschränkung der Geschworenengerichtsbarkeit zu wirken.“ Unterstützt wird er von der Vizepräsidentin der Rechtsanwaltskammer Wien, Elisabeth Rech, und vom Innsbrucker Strafrechtler Christian Bertel. Dieser sieht die Geschworenengerichte als „die besten Gerichte, die die Strafprozessordnung zur Verfügung stellt“. ♦

FORSCHUNG

Kein Ausstieg aus CERN

Machtwort von Bundeskanzler Werner Faymann: Kein Ausstieg aus dem Europäischen Kernforschungszentrum CERN.

„Ich habe als Bundeskanzler an das Ansehen des Landes zu denken, und habe daher klargemacht, dass ich gegen einen CERN-Austritt bin“, so Bundeskanzler Werner Faymann, der klarmachte, dass die Forschung Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit braucht. Gerade bei internationalen Forschungsprojekten geht es um die Reputation Österreichs – jetzt ist sichergestellt, dass Österreich weiter verlässlicher CERN-Partner bleibt. ♦



Reuters/Stringer

Österreich bleibt CERN-Mitglied – das hat Bundeskanzler Werner Faymann klargestellt.

FREIHEITSKÄMPFER

60 Jahre für Demokratie und Freiheit

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten beging in Döbling, wo er im Frühjahr 1949 gegründet wurde, seine 60 Jahr-Feier.



Die mit der Otto-Bauer-Plakette Ausgezeichneten und das Freiheitskämpfer-Präsidium



Freiheitskämpfer-Vorsitzender Ernst Nedwed überreicht Bürgermeister Michael Häupl die Otto-Bauer-Plakette.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer bei seiner Rede



Die Chorvereinigung „Gegenstimmen“



Fotos: Freiheitskämpfer

Hochrangige MandatarInnen wie Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Bürgermeister Michael Häupl, Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas,

und der Spitzenkandidat der SPÖ bei der Wahl zum Europäischen Parlament, Hannes Swoboda, überbrachten den Delegierten aus allen Bundesländern die Grüße und den Dank der Sozialdemokratie für die unverzichtbare Arbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Einigen langjährigen Mitgliedern – stellvertretend für alle sei Bürgermeister Michael Häupl genannt – wurde die Otto-Bauer-Plakette verliehen.

Jochmann und Hindels waren PionierInnen politischer Bildung

Der Bundesvorsitzende der Freiheitskämpfer und frühere Nationalrat, Ernst Nedwed, erinnerte an die erste und langjährige Vorsitzende des Bundes, die Widerstandskämpferin und Überlebende des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück, Rosa Jochmann, die den Bund zu einer moralischen Kraft innerhalb der Sozialdemokratie gemacht hat. Denn in den Nachkriegsjahren war es besonders notwendig, gegen die „Gefahr von rechts“ aufzutreten und den Opfern der faschistischen Systeme

ihre Rechte zu erkämpfen. Das tat sie im Parlament genauso, wie im Gespräch mit jungen Menschen, die in ihr eine glaubwürdige Zeitzeugin sahen. Als einen Lehrer und Sprecher der Freiheitskämpfer hob Ernst Nedwed den langjährigen stv. Vorsitzenden Prof. Josef Hindels hervor, der unvergessliche Dienste um die politische Bildung der jungen Generation geleistet hat. Und er dankte auch dem Ehrenvorsitzenden Prof. Alfred Ströer, der in der Zeit von 1995 bis 2007 den Bund geführt hat und heute weiterhin als Zeitzeuge zur Verfügung steht. Gerade die Vorfälle der letzten Zeit zeugen davon, wie wichtig die Zeitzeugen des Widerstandes und die überlebenden Opfer aus den Konzentrationslagern sowie die aktiven AntifaschistInnen heute in der Aufklärungsarbeit sind. Das betonte als Gast auch die Vertreterin des Pensionistenverbandes und frühere Unterrichtsministerin Hilde Hawlicek. Der Verbandsobmann der Sozialistischen Jugend Österreichs, Wolfgang Moitz, verwies auf das traditionelle Bündnis der Jugend mit den Freiheitskämpfern und hob deren Vorbildfunktion hervor. ♦

HINTERGRUND

Forderungen der Freiheitskämpfer

- » Verstärkung der zeitgeschichtlich-politischen Bildung in den Schulen
- » Exkursionen zu KZ-Gedenkstätten nur von geeigneten Institutionen durchführen lassen
- » Vorbereitungs- und Begleitseminare dazu, in denen politische Zusammenhänge erläutert werden
- » Feiern in den Österreichischen KZ-Gedenkstätten müssen polizeilich geschützt werden
- » Das NS-Verbotsgesetz sollte bei Bedarf auch angewendet werden
- » Mehr Anerkennung und Unterstützung für die Opferverbände

Biographie

Gerda Lerner – Feuerkraut

Ein autobiografischer Werdegang der Marxistin und feministischen Pionierin Gerda Lerner.

Wien in den 20er Jahren. Gerda Kronstein wächst als Tochter einer Künstlerin und eines Apothekers in der höheren Wiener Gesellschaft auf, umgeben von Kindermädchen, Salons und Kammermusik. Schon als Kind und Jugendliche fällt sie durch ihre rebellische Art auf, die sie später in politische Aktivität umwandelt: Nie ein Blatt vor dem Mund und von der marxistischen Idee beeindruckt, bietet die junge Autorin den damals vorherrschenden Verhältnissen die Stirn.

Gerda Lerner gewährt in ihrer Autobiografie einen einzigartigen Einblick in den Werdegang einer weltbekannten Historikerin und Feministin. Die 1939 aus Wien in die USA emigrierte spätere Geschichtspräsidentin beschreibt in *Feuerkraut* die ersten vier Jahrzehnte ihres Lebens: Welche Erfahrungen sie machen musste und durfte, wer sie prägte und was sie zu der Person machte, die später eine Pionierin der Frauenbewegung wurde. ♦

Klimawandel

Cool it!

Lassen wir uns von den Klima-Apokalyptikern nicht länger in Panik versetzen.

Björn Lomborg, ehemaliges Greenpeace-Mitglied, leugnet weder den Klimawandel noch die Tatsache, dass wir ihn selbst verursacht haben. Doch selbst mit einer drastischen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes würden wir die Folgen der Erderwärmung nur um einige Jahre hinauszögern können. Vielen Menschen, vor allem in den Entwicklungsländern, wäre damit aber nur wenig geholfen.

Lomborg plädiert stattdessen dafür, das Geld, das zurzeit in den Klimaschutz wan-

dert, effektiver zu investieren: etwa in die Bekämpfung von Hungersnöten und Krankheiten wie Aids und Malaria oder in den Hochwasserschutz. Vor allem sollten wir uns darauf besinnen, dass unser oberstes Ziel nicht die Reduktion von Treibhausgasen ist, sondern die Verbesserung der Lebensbedingungen möglichst vieler Menschen. Und dieses Ziel lässt sich auf anderen Wegen schneller und leichter erreichen als mit der Bekämpfung des Klimawandels. ♦

Außenpolitik

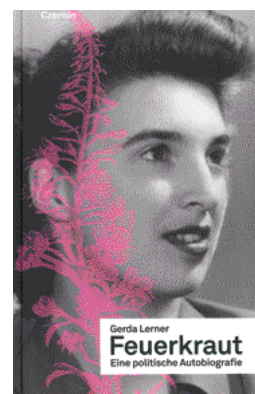
Dem Krieg entkommen?

Da kaum gut recherchierte Informationen über Tschetschenien vorhanden sind, versucht dieses Buch, Licht ins Dunkel zu bringen.

Spätestens mit dem Mord an Umar I. im Jänner wurden tschetschenische Flüchtlinge in Österreich zum Thema. Thomas Schmidinger und Herwig Schinnerl nahmen diese Aktualität sowie den Mangel an wissenschaftlicher Literatur zum Anlass, Experten aus verschiedenen Bereichen Blicke hinter die Kulissen werfen zu lassen. JournalistInnen und WissenschaftlerInnen, Betroffene und HelferInnen liefern Beiträge über die Lage in Tschetschenien, historische Zusammen-

hänge, die Migration nach und die Integration in Österreich.

Folgende Fragestellungen werden unter anderem in den geplanten Beiträgen in Hinblick auf die oben genannte Thematik diskutiert: Warum kommt es zur Flucht? Wie wirken sich die Fluchtgründe und die Flucht selbst auf die Psyche der MigrantInnen und deren Leben im Aufnahmeland aus? Welchen Stellenwert haben gesellschaftliche Normen der TschetschenInnen in den Aufnahmelandern? ♦

☐ Stk.


Gerda Lerner:
Feuerkraut. Eine politische Autobiografie.
Czernin Verlag, Wien 2009; 517 S., 27 €

☐ Stk.


Björn Lomborg:
Cool it!
Pantheon Verlag,
München 2008;
272 S., 12,95 €

☐ Stk.


Schinnerl, Schmidinger (Hg.):
Dem Krieg entkommen? TschetschenInnen in Österreich.
Verein Alltag, Wr. Neustadt 09;
372 S., 19,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



ÖH

VSStÖ auf der Seite der Studierenden

230.000 StudentInnen können im Zuge der ÖH-Wahl entscheiden, wer sie die kommenden Jahre vertreten soll.



VSStÖ-Spitzenkandidatin Sophie Wollner

„Service kann Probleme lindern, Politik kann Probleme lösen“

VSStÖ-Vorsitzende und Spitzenkandidatin zur ÖH-Wahl, Sophie Wollner

HINTERGRUND

Die Geschichte der ÖH

Am 3. September 1945 wurde mit dem Hochschulgesetz die Körperschaft öffentlichen Rechts „Österreichische HochschülerInnenschaft“ geschaffen. Der erste ÖH-Vorsitzende war der parteilose Rudolf Wengraf. Seit der ersten ÖH-Wahl 1946 dominieren in der Interessenvertretung der StudentInnen eher konservative Fraktionen. Die siebziger Jahre gelten wegen der Abschaffung der Studiengebühren und dem Ausbau der Mitbestimmung durch das Universitätsorganisationsgesetz als die Blütezeit der ÖH. 1995 übernahm mit Agnes Berlakovich (VSStÖ) erstmals eine Frau und Angehörige einer nicht-konservativen Fraktion den ÖH-Vorsitz.

Die erste Etappe der Wahl zur Österreichischen HochschülerInnenenschaft (ÖH), nämlich via elektronische Stimmabgabe, ist bereits abgeschlossen. Das Endergebnis wird allerdings erst am 28. Mai bekannt gegeben. Der Verband Sozialistischer StudentInnen Österreichs (VSStÖ) kämpft mit ihrer Spitzenkandidatin Sophie Wollner aktiv für die Interessen der StudentInnen. „Service kann Probleme lindern, Politik kann Probleme lösen“ ist das Credo, „Kompromisslos auf der Seite der Studierenden“ die Stoßrichtung des VSStÖ in der aktuellen Wahlauseinandersetzung.

e-Voting auf dem Prüfstand

Die Kontroversen rund um das e – Voting veranlassen natürlich vor allem KritikerInnen zu einer genauen Beobachtung der Prozedur. Dem VSStÖ sind bereits erste Probleme der elektronischen Stimmabgabe zugetragen worden. Laut Gesetz müssen die e – Voting Stimmzettel den Stimmzetteln der Papierwahl größtmöglich entsprechen. Das bedeutet, dass auch die gängigen Fraktionskürzel angegeben werden müssen. Sophie Wollner kritisiert,

dass dies nicht eingehalten wurde. Auch die Namen einzelner wahlwerbender Gruppen sind, laut Informationen, die dem VSStÖ vorliegen, falsch angegeben. Derzuständige Wissenschaftsminister Hahn riskiere damit eine Neuausragung der Wahl, so Wollner.

Soziale Dimension von Bologna

Die Umstellung des Universitätsbetriebes auf die Bologna-Studienarchitektur wird vom VSStÖ scharf kritisiert. Wollner befürchtet eine Verminderung der freien Wahlfächer, zusätzliche Zugangsbeschränkungen zwischen Bachelor und Master und eine „Verschulung“ des Hochschulbetriebes. „Die soziale Dimension wird momentan viel zu wenig berücksichtigt, das Stipendiensystem ist löchrig und viele Menschen werden durch direkte oder indirekte Zugangsbeschränkungen vom Studium ausgeschlossen. Minister Hahn soll über seinen Schatten springen und sich für einen sozial ausgeglichenen Hochschulzugang einsetzen“, so Wollner.

Mit fast alle Fraktionen weiß sich Wollner eins, dass die Pflichtmitgliedschaft zu derals Körperschaft öffentlichen Rechts organisierten ÖH beibehalten werden soll. Nur sie sichert eine wirkliche Vertretung der Studierenden. Lediglich die Liberalen und Freiheitlichen scheren hier aus – wenig erstaunlich, wenn man sich an Jörg Haider's Verbalattacken gegen Sozialpartnerschaft und Kammern, ebenfalls Körperschaften öffentlichen Rechts, erinnert. ♦

INFO

So wird gewählt

Von 18. bis 22. Mai konnte erstmals bei einer politischen Wahl in Österreich via Internet (E-Voting) gewählt werden. Von 26. bis 28. Mai gibt es dann den „gewöhnlichen“ Urnengang. Die ÖH umfasst, inklusive der bei dieser Wahl nicht teilnahmeberechtigten FH oder PÄDAK-StudentInnen, rund 280.000 Mitglieder. Diese können zu einem anderen Zeitpunkt keine Listen, sondern nur Personen direkt wählen.

OBERÖSTERREICH

EU-Wahl-Event in Linz



Fotos: SPÖ

Das A-Team für Europa gastiert in Linz, im Bild: Hannes Swoboda, Evelyn Regner, Josef Weidenholzer und Tina Tauß



Beim oberösterreichischen SPÖ-EU-Wahl-Event im Design-Center in Linz fand Spitzenkandidat Hannes Swoboda deutliche Worte für seine Ziele für ein anderes Europa.

„Wir wollen unseren Kindern eine Welt übergeben, in der sie auch leben können.

Deshalb hört unsere Arbeit auch am 7. Juni nicht auf, sie fängt gewissermaßen erst an“, sagte Swoboda. Er will aus der Beschäftigung mit der EU mehr machen als nur einen Wahlgang und die Menschen zum Mitgestalten auffordern. Auch die Kritik an manchen EU-Richtlinien teilen Swoboda und sein Team: Wenn es um den Markt geht, wird von der EU kaum etwas geregelt, in anderen Bereichen dafür zu viel, so der einhellige Tenor des

A-Teams für Europa. „Liberalisierung und Privatisierung kann uns an den Abgrund bringen, in Europa gibt es 80 Millionen Arbeitslose und es könnten noch mehr werden“, analysierte der SPÖ-Kandidat für die EU-Wahl, Volkshilfe-Präsident Josef „Joe“ Weidenholzer, und kündigte an, sich diesem Trend entgegenzustemmen. Spekulationen mit Wasser- oder Gesundheits-

vorsorge erteilt er eine Absage und sieht die Chance, aus der Krise eine bessere EU hervorzubringen. Für diesen Zweck ist die SPÖ eine verlässliche Partnerin der vielen NGOs in Europa. EU-Abgeordnete Maria Berger unterstrich, dass die EU-Wahlen kein Match Österreichs gegen die EU sind. Es ist eine Wahl, ob in Zukunft im Sinne der Unternehmer oder der ArbeitnehmerInnen, der Produzenten oder der KonsumentInnen, zu Gunsten oder zu Lasten der Umwelt entschieden wird. ♦



EU-KandidatInnen Josef Weidenholzer, Evelyn Regner, Hannes Swoboda mit Landeshauptmann Erich Haider

ARBEITERINNENLIEDER

Mit „morgenROT“ in den Tag

Die Sängerin Angelika Sacher und ihr Pianist Klaus Bergmaier haben ihre zweite CD mit Revolutions-, Frauen- & ArbeiterInnenliedern vorgelegt.

„morgenROT“ heißt das Album, „Musik gegen die Wirtschaftskrise“ lautet der Untertitel. Sacher und Bergmaier beschäftigen sich in ihren Liedern unter anderem mit den Themen Verteilungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und Bildung. Rund die Hälfte der Lieder auf dieser CD – es ist die zweite nach „... weil auch DU ein Arbeiter bist!“ (erschienen 2006) – sind traditionell wie „Bella Ciao“, „Das Lied vom Wahlrecht“ oder „Dem Morgenrot entgegen“, die andere Hälfte sind ganz neu verfasste Stücke von zum Teil sehr prominenten LyrikerInnen. Online-Infos und Bestellmöglichkeit auf www.arbeiterinnenlieder.at.tt ♦



Jantzen

Klaus Bergmaier mit Bundeskanzler Werner Faymann, der der CD in ihrem Booklet ein Vorwort gespendet hat.

SPÖ-FRAUEN

Hakel neue Frauen-Vorsitzende



Unter dem Motto „Harte Zeiten – starke Frauen, volle Kraft für den Bezirk Liezen“ fand die Bezirksfrauenkonferenz der SPÖ Liezen statt.

Die 31-jährige NR-Abgeordnete Elisabeth Hakel wurde zur neuen Frauenvorsitzenden für den Bezirk Liezen gewählt. Mit insgesamt 35 engagierten Frauen aus dem ganzen Bezirk (inklusive zwei jungen Frauen der SJ Liezen) ist der Frauenvorstand gut aufgestellt. Das neue Team wird Initiativen zur Förderung von nicht-traditionellen Berufen, für qualifizierte Teilzeitarbeit für Wiedereinsteigerinnen und Frauen über 50, sowie für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie setzen. ♦



SPÖ

Bezirksfrauenvorsitzende Elisabeth Hakel und der neu gewählte Bezirksfrauenvorstand



Geschlossen für ein Europa der Menschen und nicht des Marktes

Die Wahl zum Europäischen Parlament ist heuer die wichtigste Richtungsentscheidung für unsere Bevölkerung.



SPÖ

Und dennoch verbindet diese Herrschaften eines: Österreich soll raus aus der EU. Das Ergebnis wäre ein neues Desaster.

Die EU hat uns in den letzten Jahren unter konservativer Führung viele Enttäuschungen gebracht, aber sie ist der einzige Garant, dass wir gemeinsam durch eine andere Politik und durch gezielte Kraftanstrengungen die gegenwärtige Krise überwinden können. Durch eine stabile Währung, durch den EURO, sind wir vor Zusammenbrüchen wie in den 30er-Jahren gefeit.

Wir brauchen ein soziales Europa, welches allen Generationen Chancen eröffnet und Schutz bietet, welches Gesundheitsversorgung unabhängig von Alter und Geldbörse garantiert und das gesetzliche, solidarische Pensionssysteme stärkt, statt Privatsysteme zu fördern, die gerade jetzt Hunderttausende in die Armut gestürzt haben.

Wir brauchen eine sozialdemokratische Mehrheit, um die Wirtschaft neu zu beleben und durch klare Regeln zukünftige Finanzkrisen zu verhindern. Wir müssen Arbeitsplätze und Pensionen sichern, Gerechtigkeit zur Richtschnur europäischer Politik machen und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern verwirklichen.

Dieses soziale Europa wird es geben, wenn in den europäischen Ländern sozialdemokratische KandidatInnen Mehrheiten erringen.

Ärgern über die gegenwärtige EU hilft nichts, verändern ist gefordert! Und verändern wollen heißt wählen, heißt in Österreich Hannes Swoboda und seinem A-Team die Stimme geben. ♦

Karl Blecha ist Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs und der ESO, der Europäischen Senioren Organisation.

Sich über die EU ärgern nützt nichts – Veränderungen hin zu einem sozialeren Europa sind nur möglich, wenn man wählen geht.

„Die EU hat uns in den letzten Jahren unter konservativer Führung viele Enttäuschungen gebracht, aber sie ist der einzige Garant, dass wir durch eine andere Politik die gegenwärtige Krise überwinden können.“

Soll der konservativ-neoliberale Kurs fortgesetzt werden, der europaweit zum Abbau des Sozialstaates geführt hat, zu Einschränkungen der Gesundheitsversorgung, zu Kürzungen der Pensionen und der keine Antwort auf die größte Wirtschaftskrise seit den 80er-Jahren weiß?

Schuld an dieser Krise sind nicht nur gierige amerikanische Bankmanager und unkontrollierte Spekulanten, sondern auch europäische Politiker. Wer „weniger Staat, mehr privat“ geschrien hat, wer mit ganzer Kraft

Deregulierung und Liberalisierung in Europa durchgesetzt, jede effektive Kontrolle beseitigt und die Gewinnmaximierung zum Leitmotiv gemacht hat, hat bewusst den Kaskadenkapitalismus groß werden lassen, der jetzt zerschellt ist.

Deshalb keine Stimme für Parteien, die diesen Kurs gefahren sind, keine Stimme für Kandidaten wie Strasser, den ein wichtiger ÖVP-Mann (Ferry Maier) nach Brüssel wünscht, weil man ihn dann „in Wien weniger oft zu sehen bekommt“. Keine Stimme aber auch den um die EU-kritischen Wähler buhlenden Kandidaten, die sie sich gegenseitig mies machen. Für Mölzer ist H.P. Martin „ein Fall für den Psychiater“, für H.P. Martin ist Mölzer „der faulste Abgeordnete der EU“. Für H.C. Strache ist Ewald Stadler „politischer Sondermüll, der überall, wo er war, nach kürzester Zeit als unbrauchbar und giftig entsorgt werden muss“.

TERMINKALENDER

Montag, 25. Mai

EU-Wahl-Großveranstaltung in Wiener Neustadt



Autor

SPÖ-Kandidatin für die EU-Wahl, Evelyn Regner

Der SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda und die EU-Kandidatinnen Evelyn Regner und Karin Kadenbach laden herzlich zur Wahlkampf-Großveranstaltung in Wiener Neustadt mit musikalischer Untermalung von Sandra Pires. Anwesend werden auch Sozialminister Rudolf Hundstorfer und NÖ Landeshauptmannstellvertreter Sepp Leitner sein. Moderiert wird die EU-Wahlkampfveranstaltung von EAV-Sänger und ORF-Moderator Klaus Eberhartinger.

Beginn: 19 Uhr

ÖGB Zentrum

Gröhrmühlgasse 4-6

2700 Wiener Neustadt

Die Mauerfallkinder

Das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog lädt zu einem Vortrag von Lutz Niethammer, dem ersten Gastprofessor des Franz Vranitzky Chair for European Studies an der Universität Wien. Nach der Begrüßung durch Bundeskanzler a. D. Franz Vranitzky und der Einleitung durch den Rektor der Universität Wien, Georg Winckler, hält der Gastprofessor einen Vortrag über die historische Orientierung nach dem Ende des Kalten Krieges. Die anschließende Diskussion leitet der Träger des Bruno-Kreisky-Preises, Oliver Rathkolb.

Anmeldung unter: Tel.: 3188260/20

oder unter e-mail:

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

Beginn: 19 Uhr

Bruno Kreisky Forum

für internationalen Dialog

Armbrustergasse 15

1190 Wien

Mittwoch, 27. Mai

Europa gewinnen

Die Wiener SPÖ-Bildung veranstaltet mit der SPÖ Josefstadt eine Informationsveranstaltung zum Thema „Europa gewinnen“. Es referieren der Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, Gerhard H. Bauer, und der Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Österreich, Wolfgang Hiller. Im Anschluss an die Vorträge stehen die Referenten den Gästen für weitere Fragen und Gespräche zur Verfügung.

Beginn: 18 Uhr

Österreichisches Museum für Volkskunde

Laudongasse 15-19

1080 Wien

Die Kultur eines sozial gerechten Europas

Die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik lädt zu einer Podiumsdiskussion mit Erwin Piplits (Mitglied des Theatervereins Odeon), Rubina Möhring (Journalistin bei 3 Sat), BM a. D. Hilde Hawlicek, SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda und EU-Kandidatin Christa Prets. Zentrales Thema der Diskussion ist die Frage der Stellung der Kultur in einem sozial gerechten Europa.

Beginn: 19.30 Uhr

Odeon Theater

Taborstraße 10

1020 Wien

Donnerstag, 28. Mai

Europa vermitteln „Follow-up“

Die SPÖ-KandidatInnen für die Wahl zum Europäischen Parlament, Evelyn Regner und Karin Kadenbach, stehen im Rahmen der Veranstaltung „Europa vermitteln. Mit den BürgerInnen über Europa sprechen“ Rede und Antwort. Schwerpunkt der Veranstaltung ist die Schärfung der eigenen Reflexion und Inspiration im Zugang zum und im Umgang mit dem Europa-Thema. ReferentInnen sind ExpertInnen und WissenschaftlerInnen mit Europaschwerpunkt.

Beginn: 15 Uhr

Renner-Institut,

Klausurzimmer

Eingang Gartenhotel Altmannsdorf

Hoffingergasse 26

1120 Wien

Swoboda besucht den Brunnenmarkt



SPÖ

SPÖ-Spitzenkandidat für die Wahl zum Europäischen Parlament, Hannes Swoboda

Der SPÖ-Spitzenkandidat für die Wahl zum Europäischen Parlament, Hannes Swoboda, besucht im Rahmen seiner EU-Wahlkampftour den Brunnenmarkt in Wien-Ottakring. Er wird dort mit den BürgerInnen über ihre Anliegen diskutieren.

Beginn: 11.30 Uhr

Thaliastraße

Ecke Brunnengasse bei der Bank Austria

1160 Wien

Donnerstag, 4. Juni 2009

PVÖ EU-Informationsveranstaltung

Der Wiener Pensionistenverband lädt zu einer Informationsveranstaltung mit Bürgermeister Michael Häupl und dem SPÖ-Spitzenkandidaten für die EU-Wahl, Hannes Swoboda. Dieser wird den BesucherInnen zu allen Fragen, die ihnen die EU betreffend auf dem Herzen liegen, Gehör und Zeit zur Diskussion schenken. Für ein buntes Unterhaltungsprogramm wird der Schauspieler und Kabarettist Adi Hirschal sorgen.

Beginn: 15 Uhr (Einlass 14.30 Uhr)

Wiener Stadthalle (Halle F)

Vogelweideplatz 14

1150 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald

Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz,

Martin Oppenauer, Peter Slawik,

Fabian Max Wallner, Sabine Weinberger

Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion:

Emil Goldberg, Coverfoto: Jantzen

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka,

Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at

Homepage: www.spoe.at



EU-Wahl-Event in Linz

„Das A-Team für Europa“, mit Hannes Swoboda an der Spitze, Evelyn Regner, Josef Weidenholzer und Tina Tauß, gastierte zur EU-Wahl-Großveranstaltung im Linzer Design Center. Beim gut besuchten Event präsentierte das A-Team seine Visionen für ein besseres künftiges Europa und warnte davor, die EU-Wahl zu einem Match Österreich gegen Europa verkommen zu lassen.



Fotos: SPÖ

Erfolgreicher Abschluss der Frauenakademie 2008/2009

„Auch diesmal haben wieder viele starke Frauen die Frauenakademie der SPÖ Frauen und des Renner Instituts absolviert. Es ist besonders wichtig, dass junge Politikerinnen sich vernetzen und den Rücken gestärkt bekommen. Frauen in der SPÖ müssen sich nicht als Einzelkämpferinnen den Wind ins Gesicht blasen lassen, sondern sind ein engagiertes und erfolgreiches Team“, so SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Bettina Stadlbauer.



SPÖ Frauen



SPÖ

Swoboda zu Besuch in Wörgl

Im Rahmen seiner Wahlkampftour durch Österreich macht der SPÖ-Spitzenkandidat für die Wahl zum Europäischen Parlament, Hannes Swoboda, in Wörgl, im Tiroler Inntal, Station. Swoboda brachte den BürgerInnen die Vorstellungen der SPÖ für ein sozialeres Europa näher.